

**Niederschrift  
der 16. Sitzung des Finanzausschusses  
am 03.07.2023 Rathauskeller, Markt 1-2  
AZ: 101308.23.01-16**

---

Beginn: 19:00 Uhr  
Ende: 20:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Jürgen Wichert

Mitglieder

Herr Wilfried Futh

Herr Dr. Werner Jander

Herr Karl-Heinz Matthias

Herr Heinz-Jürgen Mattig

Frau Silke Schindler

1. Stellvertreter/in

Herr Norbert Hoße

Protokollführer/in

Frau Jennifer Probst

SB Finanzen

Verwaltung

Frau Cornelia Franz

Amtsleiterin Finanzen

sachkundige Einwohner

Herr Rainer Lüning

Frau Grit Matz

Bürgerinnen und Bürger

keine

Abwesend:

Herr Philipp Kullak

Herr Frank Schillat

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

- |   |                                                                                                    |              |
|---|----------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit |              |
| 2 | Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung                                |              |
| 3 | Abstimmung über die Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 24.04.2023                               |              |
| 4 | Einwohnerfragestunde                                                                               |              |
| 5 | Fortschreibung Konsolidierungskonzept 2023                                                         | 363/BM/19-24 |
| 6 | Haushaltssatzung 2023                                                                              | 362/BM/19-24 |
| 7 | Pachterhöhung für landwirtschaftliche Flächen                                                      | 358/BM/19-24 |
| 8 | Anfragen, Anregungen und Mitteilungen der Mitglieder des Finanzausschusses                         |              |

## **Nichtöffentlicher Teil**

- 9** Abstimmung über die Niederschrift (nichtöffentlicher Teil) vom 24.04.2023  
**10** Anfragen, Anregungen und Mitteilungen der Mitglieder des  
Finanzausschusses

## **Öffentlicher Teil**

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und bittet um Verständnis für die Terminverschiebung der Sitzung aufgrund von Urlaub und Krankheit. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit mit 9 Ausschussmitgliedern (7 Stadträte / 2 sachkundige Einwohner) fest.

### **TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende stellt die Tagesordnung vor und fragt, ob es Änderungen gibt.  
- keine

**Abstimmung über die vorliegende Tagesordnung: einstimmig beschlossen**

**Ja 7 (Stadträte) + 2 (sachk. Einwohner) Nein 0 Enthaltung 0 Mitwirkungsverbot 0**

### **TOP 3 Abstimmung über die Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 24.04.2023**

Der Ausschussvorsitzende fragt, ob es Fragen, Einwände oder Ergänzungen zur Niederschrift (öffentlicher Teil) der letzten Sitzung vom 24.04.2023 gibt. Da es keine Änderungen gibt, wird die Niederschrift zur Abstimmung gestellt und wie folgt beschlossen.

**Abstimmung über die Niederschrift (öffentlicher Teil): einstimmig beschlossen**

**Ja 7 (Stadträte) + 2 (sachk. Einwohner) Nein 0 Enthaltung 0 Mitwirkungsverbot 0**

### **TOP 4 Einwohnerfragestunde**

Tagesordnungspunkt wird geschlossen, da keine Einwohner anwesend sind.

### **TOP 5 Fortschreibung Konsolidierungskonzept 2023, Vorlage: 363/BM/19-24**

Die Amtsleiterin, Frau Franz, stellt fest, dass über diesen Tagesordnungspunkt nicht abgestimmt werden kann. Grund dafür ist, die mehrheitliche Ablehnung der Beschlussvorlage (352/BM/19-24) zur Festsetzung der Realsteuer-Hebesätze 2023 auf der Sitzung des Stadtrates am 29.06.2023.

Dies führt dazu, dass die Maßnahmen (Nr. 29 und 30) des Haushaltskonsolidierungskonzeptes nicht erfüllt werden können.

Der Vorsitzende, Herr Wichert, fügt an, dass alle die bei der Stadtratssitzung dabei waren wissen, dass das nicht ohne Konsequenzen bleibt.

Daher braucht sich der Ausschuss im Prinzip über die Fortschreibung des Konsolidierungskonzeptes nicht mehr unterhalten, weil die Zahlen nicht stimmen.

Der Stadtrat der Stadt Wanzleben - Börde beschließt die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2016 bis 2024 für das Haushaltsjahr 2023 der Stadt Wanzleben - Börde gem. § 100 Abs. 3 KVG LSA i. V. m. § 1 Abs. 2 Nr. 7 KomHVO LSA.

Es erfolgt keine Abstimmung über die Beschlussvorlage 363/BM/19-24.

**verwiesen**

## **TOP 6     Haushaltssatzung 2023, Vorlage: 362/BM/19-24**

Die Amtsleiterin Finanzen, Frau Franz, beschreibt, dass die unter TOP 5 beschriebenen Sachverhalte wiederum einen Effekt auf den Ergebnishaushalt 2023 haben, wodurch auch über die Haushaltssatzung 2023 nicht beraten werden kann.

Der Haushalt muss überarbeitet werden, da zusätzlich zu den genannten Sachverhalten auch eine Summe von 1,4 Mio. Euro an den größten Steuerzahler der Gemeinde zurückgezahlt werden musste.

Für die Umsetzung der HKK-Maßnahmen werden die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern wie folgt vorgeschlagen:

| <b>Grundsteuer</b> |          | <b>Gewerbesteuer</b> |
|--------------------|----------|----------------------|
| <b>2023</b>        | 450 v.H. | 350 v.H.             |
| <b>2024</b>        | 500 v.H. | 400 v.H.             |
| <b>2025</b>        | 550 v.H. | 450 v.H.             |
| <b>2026</b>        | 600 v.H. | 450 v.H.             |

Es gilt natürlich zu prüfen, welche Auswirkungen die neue Grundsteuerreform auf das Gesamtaufkommen der Grundsteuer hat und dem unter Umständen entgegenzuwirken.

Des Weiteren wurde die Kreisumlage überarbeitet. Diese ist aber nicht der Knackpunkt. Die entscheidenden Punkte sind die geringeren Einnahmen bei der Steuer.

Der Ergebnishaushalt schließt mit einem Minus von 1,6 Mio. Euro ab.

Beim Finanzhaushalt müssten wir den Investitionsplan bis 2026 noch stark bearbeiten und Dinge streichen. Es wird dann so sein, dass einiges nur mit Fördermitteln laufen kann. Das heißt aber auch, dass die Wünsche der Ortschaften dann nicht mehr realisiert werden können.

Der Bürgermeister hat heute mit sofortiger Wirkung eine Verfügung zur vorläufigen Haushaltsführung 2023 sowie haushaltswirtschaftlicher Sparmaßnahmen erlassen.

Dieses Schreiben ist an alle Ortsbürgermeister und Ämter rausgegangen, mit der Bitte um Weiterleitung an die nachgeordneten Einrichtungen.

Der Vorsitzende, Herr Wichert, stimmt den Ausführungen von Frau Franz zu, dass über den Haushalt 2023 nicht mehr gesprochen werden muss. Alle Ausschussmitglieder die schon länger dabei sind wissen, dass das nicht genehmigt wird. Als Folgen kommen verschiedene Szenarien in Betracht – auch eine kommissarische Vertretung ist denkbar.

Der Beschluss für den Stadtrat wird zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses vorbereitet.

#### Frau Franz

Die Satzung über die Festsetzung der Realsteuer-Hebesätze zum 01.01.2024 wird auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung am 14.08.2023 stehen. Dazu wird ein Hinweis zur Finanzierung der Schulen, Schwimmbäder, Dorfgemeinschaftshäuser etc. mit dabeistehen.

Sie führt weiterhin aus, dass rund  $\frac{2}{3}$  der Maßnahmen (Gesamt: 79 Maßnahmen) im Haushaltskonsolidierungskonzept Personalkonsolidierungen waren, ihre Möglichkeiten diesbezüglich erschöpft sind und bittet um Vorschläge.

#### Herr Wichert

Vor dieser Problemstellung stehen viele Gemeinden. Es gibt wohl 170 Gemeinden, die alle zahlungsunfähig sind.

#### Herr Hoße

Vertritt die Meinung, dass die Beschlüsse aus dem Stadtrat akzeptiert werden müssen. Die Ansicht eines Mitgliedes des Stadtrates, erst den Haushalt zu beschließen und dann die Erhöhungen, hält er für nicht umsetzbar. Fragt, ob man von den 79 Maßnahmen im Konsolidierungskonzept, die bereits abgearbeitet sind, aus dem Plan nehmen kann.

Er regt an, sich inhaltlich auseinanderzusetzen. Die Ortsbürgermeister werden wohl immer gefragt was sie möchten, aber bekommen nichts angeboten. Man wisse aber nicht wo man den Anstoß dazu hernehmen soll und erwartet eine Wahl zu haben, um entscheiden zu können. Es kommt allerdings auch von denen, die unsere Stadt ausstatten sollen, keine Alternative. Er dankt für das was bisher zusammengetragen wurde - jetzt müsse man mit der neuen Situation leben und sehen, ob es genehmigt wird.

#### Frau Franz

Mit dem Haushaltskonsolidierungskonzept von 2016 wurden Vorschläge gemacht, beispielweise die Anzahl der Grundschulen von 5 auf 2 reduzieren, das Freibad Klein Wanzleben schließen und nur noch das Spaßbad in Wanzleben zu betreiben oder die Sportplätze und Vereinshäuser in die Eigenverantwortung der Vereine zu geben.

#### Herr Dr. Jander

Stimmt der Aussage von Herrn Hoße zu, dass man im Regen stehen gelassen wird. Ihm sind die von Frau Franz genannten Maßnahmen aus 2016 allerdings nicht bekannt und seiner Meinung nach auch nicht dem Gemeinwohl dienlich. Der Verkauf von Ackerflächen ist nicht geeignet, der Gemeinde fehlen dann Austauschflächen (Intel / Flurneuordnung). Es gibt einige Projekte, über die man sprechen könne. Beispielsweise die langjährige Städtebauförderung in Seehausen, wohingegen in den anderen Dörfern alles liegen bleibt. Den Verwaltungstrakt könne man jedoch nicht noch weiter schrumpfen.

Frau Schindler

Merkt an, dass bereits über viel Material diskutiert wurde. Man war bisher bei Mehreinnahmen immer zögerlich und bei Mehrausgaben großzügig. Der mehrheitlichen Ablehnung der Hebesatzerhöhung durch den Stadtrat, steht auch gegenüber, dass alle Ortschaftsräte dagegen gestimmt haben. Der Stadtrat kann sich nicht einfach über die Entscheidungen der Ortschaftsräte hinwegsetzen.

Die Diskussion über die Verteilung der Gelder hauptsächlich nach Seehausen und Wanzleben, momentan auch Dreileben, wird häufig eröffnet. Dies führt dazu, dass bei den Sitzungen der Ortschaftsräte alles in eine Stimmung hineinkommt, in Folge derer etwas abgelehnt wird. Abhelfen könnte eine Übersicht pro Kopf, sprich, wieviel Investitionsgelder sind in den letzten Jahren pro Ort und Einwohner geflossen. Damit würde die subjektive Wahrnehmung mit realen Zahlen unterlegt werden.

Der nächste Versuch der Hebesatzanpassung sollte aktiv von der Verwaltung in den Ortschaftsräten begleitet werden. Sonst herrscht das Gefühl allein gelassen zu werden.

Frau Franz

Räumt ein, dass für den Haushalt sonst eine große Versammlung stattgefunden hat und dann abgestimmt wurde. Sie selbst kann nicht an allen Ortschaftsratssitzungen teilnehmen und die Verwaltung verfügt auch nicht mehr über das entsprechende Personal. Es kommt kaum ein Ortsbürgermeister und lässt sich in der Verwaltung beraten. Eine Aufstellung der Investitionen und Übersicht pro Kopf, lässt sich mit dem aktuellen Arbeitsaufkommen überhaupt nicht leisten. Es gab beispielsweise in Bottmersdorf und Domersleben die Flurneuordnungsverfahren und aktuell müssen wir die Separationen anpassen.

Herr Lüning

Pflichtet Frau Schindler bei, dass es in den 90er Jahren bei den Sitzungen immer einen Ansprechpartner aus der Verwaltung gab, allerdings waren damals auch die Haushalte bei jeder Gemeinde vereinzelt. Es sollte wirklich überlegt werden, ob nicht jemand aus der Verwaltung dazu kommen und sachliche Argumente in einer Ortschaftsratssitzung beibringen kann.

Frau Franz

Führer waren es 4 Mitarbeiter die bei den Sitzungen mit rausgefahren sind. Es sind aber auch 4 Stellen abgebaut worden – die Mitarbeiter sind nicht da.

Herr Lüning

Es sollte nochmal darüber nachgedacht werden, was dazu geführt hat, dass das nicht mehr so gemacht wurde. Die Probleme vor denen wir jetzt stehen waren 2016 auch keine anderen.

Frau Schindler

Bittet um Abwägung, welche Arbeit vorher investiert werden müsste und welche im Nachgang entsteht, wenn Beschlüsse erst einmal abgelehnt werden. Gerade beim wichtigen Thema Haushalt, besteht bereits Erfahrung aus den vergangenen Jahren.

Herr Matthias

Hält die Erhöhung der Hebesätze nicht für zielführend. Ohne höhere Zuweisungen vom Land, ist es nicht zu bewältigen.

Frau Matz

Schlägt vor, die Ortschaftsräte zur Diskussion auf der nächsten Ausschusssitzung am 14.08.2023 einzuladen.

Herr Dr. Jander

Vertritt die Ansicht, dass mit dieser Personenanzahl (11 OR x je ca. 9 Mitglieder) keine konstruktive Diskussion stattfinden kann. Es muss erstmal ein Papier auf den Tisch.

Herr Hoße

Der Ausschuss hat die hohe Relevanz von Haushalt und Konsolidierung festgestellt. Für ihn fängt es allerdings in den Ortschaftsräten an. Die Wichtigkeit muss dort nochmal deutlich werden und man muss sich damit auseinandersetzen. Eine große Informationsveranstaltung für alle Ortschaftsräte wäre sinnvoll.

Herr Dr. Jander

Stellt die Frage, wie es denn dazu gekommen ist, dass in den Ortschaftsräten bezüglich der Hebesätze so entschieden wurde.

Frau Schindler

Bei der Vorberatung im Hauptausschuss am 20.06.2023 wurde der Beschluss sogar mehrheitlich empfohlen. In der Stadtratssitzung gab es jedoch eine besondere Situation. Aussagen seitens der Verwaltung, man könne den Haushalt erst nach dem Jahresabschluss 2020 beschließen, führen zu dem Eindruck, dass wir immer mit einer vorläufigen Haushaltsführung arbeiten.

Frau Franz

Bittet um Richtigstellung der Behauptung von Frau Schindler. Bis auf 2015 gab es immer eine Haushaltssatzung mit entsprechendem Beschluss.

(2017 – 08/2017 | 2018 – 11/2017 | 2019 – 03/2019 | 2020 - 03/2020 | 2021 – 05/2021 | 2022 – 06/2022)

Sie sieht den Hauptgrund für die Ablehnung der Hebesatzerhöhung durch die Ortschaftsräte in der Grundsteuerreform ab 2025. Die Verwaltung hat ca. ⅓ der Messbescheide bereits erhalten und sieht bisher die Tendenz zu geringeren Messbeträgen.

Herr Dr. Jander

Die Grundsteuerreform hatte für ihn auch großen Einfluss auf die Abstimmung. Sie war aber auch von der allgemeinen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation im Land geprägt. Könnte sich vorstellen, dass bei der nächsten Diskussion im Finanzausschuss auch die Ortsbürgermeister anwesend sind.

Frau Matz

Fragt nach der Möglichkeit, einen Doppelhaushalt 2023/2024 zu führen.

Frau Franz

Würde die Kommunalaufsicht nicht genehmigen.

Herr Lüning

Lobt das Zusammenspiel zwischen Frau Franz und den Ausschussmitgliedern und stellt damit die Wichtigkeit der Teilnahme der Verwaltung an den Sitzungen heraus.

Glaubt, dass sich politische Stimmung gedreht hat („Wir zeigen denen da oben mal, wo es lang geht“).

Herr Hoße

Die Umsetzung in der Verwaltung ist für Viele nicht klar. Als Ortsbürgermeister von Klein Rodensleben hat er sich, mit den Mitgliedern des Ortschaftsrates, um alle Themen gekümmert. Abstimmungsergebnis und damit Ablehnung der Hebesätze war knapp.

Herr Matthias

Sieht es ebenso. Für ihn gehen die meisten Gelder an die Ortsteile Stadt Wanzleben und Stadt Seehausen.

Frau Franz

Stadtsanierung wurde vor Jahren vom Stadtrat beschlossen und ging zur Kommunalaufsicht. Wir sind bis 2026 daran gebunden, zudem ist es immer eine ⅔ Förderung.

Herr Wichert

Fragt die Mitglieder des Finanzausschusses, ob zur nächsten Sitzung alle Ortsbürgermeister eingeladen werden sollen. Gleichwohl wirbt er für die Möglichkeit, dass Mitarbeiter der Verwaltung die Sitzungen der Ortschaftsräte begleiten.

Frau Matz

Schlägt vor, dass die Ortschaftsräte online durch die Verwaltung begleitet werden, mit Hilfe von Beamern und Videokonferenzen.

Herr Wichert

Für Videokonferenzen auf den OR-Sitzungen sind die technischen Voraussetzungen bisher nicht gegeben. Die Ortsbürgermeister werden zur Sitzung am 14.08.2023 eingeladen.

Der Stadtrat der Stadt Wanzleben - Börde beschließt gem. § 100 KVG LSA die Haushaltssatzung der Stadt Wanzleben - Börde für das Haushaltsjahr 2023 mit dem Haushaltsplan als Bestandteil und gem. § 106 KVG LSA den Finanzplan und das Investitionsprogramm bis 2026.

Es erfolgt keine Abstimmung über die Beschlussvorlage 362/BM/19-24.

**verwiesen**

**TOP 7    Pachterhöhung für landwirtschaftliche Flächen, Vorlage: 358/BM/19-24**

Die Amtsleiterin, Frau Franz, merkt an, dass die erste Beschlussvorlage vom Bürgermeister zurückgezogen wurde. Die neue Beschlussvorlage wurde jetzt so vorbereitet, wie mit Herrn Dr. Jander erarbeitet, mit entsprechenden Staffellungen über die Jahre.

Als Reaktion auf den Vorschlag aus dem Stadtrat, die finanziellen Schwierigkeiten mit dem Verkauf von Ackerland zu lösen, hat sie eine grobe Berechnung erstellt. Die Stadt Wanzleben

- Börde ist im Besitz von ca. 245 Hektar Acker. Bei einem Verkaufswert von ca. 40 T € je Hektar, könnten fast 10 Mio. € einkassiert werden. Es ist fraglich, ob das die Gemeinde auf lange Sicht rettet.

Dem Einwand, dass die Kosten den hiesigen Bauern zu hoch sind, stellt sie die Möglichkeit einer bundesweiten Ausschreibung entgegen.

Herr Dr. Jander

Kann der Vorlage, die jetzt zur Abstimmung vorliegt, inhaltlich folgen. Kennt sich auch in der Frage der Pachthöhe immer noch aus. Der durchschnittliche Pachtzins liegt bei 7,19 €, aber es werden zum Teil bis zu 12 € erhoben. Der durchschnittliche Pachtzins unserer Bauern wäre von Interesse.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Wichert, verliest die Ergebnisse der Abstimmungen aus den bisherigen Ortschaftsräten – bevor die Beschlussvorlage zurückgezogen wurde. Hat selbst Gespräche mit Bauern geführt, die den Pachtzins gerade wegen der Planungssicherheit bis 2030 akzeptieren.

Frau Schindler

Für neue Pachtverträge gilt eine Pacht von 8,00 €/ha/BP mit einer Laufzeit von 8 Jahren. Fragt, ob der Pachtzins über die Laufzeit dann fest ist.

Frau Franz

Pachtzins kann nur über Beschluss geändert werden. Spätestens zum Ablauf der 8 Jahre, muss dann neu verhandelt werden.

Frau Matz

Findet den Pachtzins von 8,00 € schon ziemlich hoch und merkt an, dass eine europaweite Ausschreibung doch nicht gewollt sein kann.

Frau Schindler

Hebt hervor, dass die Stadt Wanzleben - Börde eine Ausnahme ist, was den hohen Besitz von Ackerflächen angeht. Das sollte nicht aus der Hand gegeben werden.

Herr Hoße

Spricht sich für die Staffelung bei den Bestandsverträgen aus und bekräftigt, dass keine europaweiten Ausschreibungen gewollt sind. Unsere Bauern sollen hier auch weiterhin überleben und Pachtverträge erhalten bleiben.

**Abstimmung über die Beschlussvorlage 358/BM/19-24 zur Empfehlung und Abstimmung an den Stadtrat:**

Der Stadtrat der Stadt Wanzleben - Börde beschließt den Pachtzins wie folgt zu erheben:

1. Für landwirtschaftliche Nutzflächen für Ackerland

a) für Bestandsverträge:

ab 2023/2024: 7,00 €/ha/BP (Acker)

ab 2025/2026: 7,30 €/ha/BP (Acker)

ab 2027/2028: 7,60 €/ha/BP (Acker)

ab 2029/2030: 8,00 €/ha/BP (Acker).

b) für neu abzuschließende Pachtverträge:

Ab dem Pachtjahr 2023/2024 eine Pacht von 8,00 €/ha/BP, wobei der Abschluss von Pachtverträgen mit einer Laufzeit von 8 Jahren zulässig ist.

2. Für Grünland ab dem Pachtjahr 2023/2024 in Höhe von 4,80 €/BP/ha.

**mehrheitlich empfohlen**

**Ja 6** (Stadtrat) + **2** (sachk. Einwohner) **Nein 0** **Enthaltung 1** (Stadtrat) **Mitwirkungsverbot 0**

**TOP 8    Anfragen, Anregungen und Mitteilungen der Mitglieder des  
Finanzausschusses**

Es gibt keine Anfragen, Anregungen und Mitteilungen.

Schließung der Sitzung – öffentlicher Teil.

gez. Jürgen Wichert  
Vorsitzender

gez. Jennifer Probst  
Protokollantin